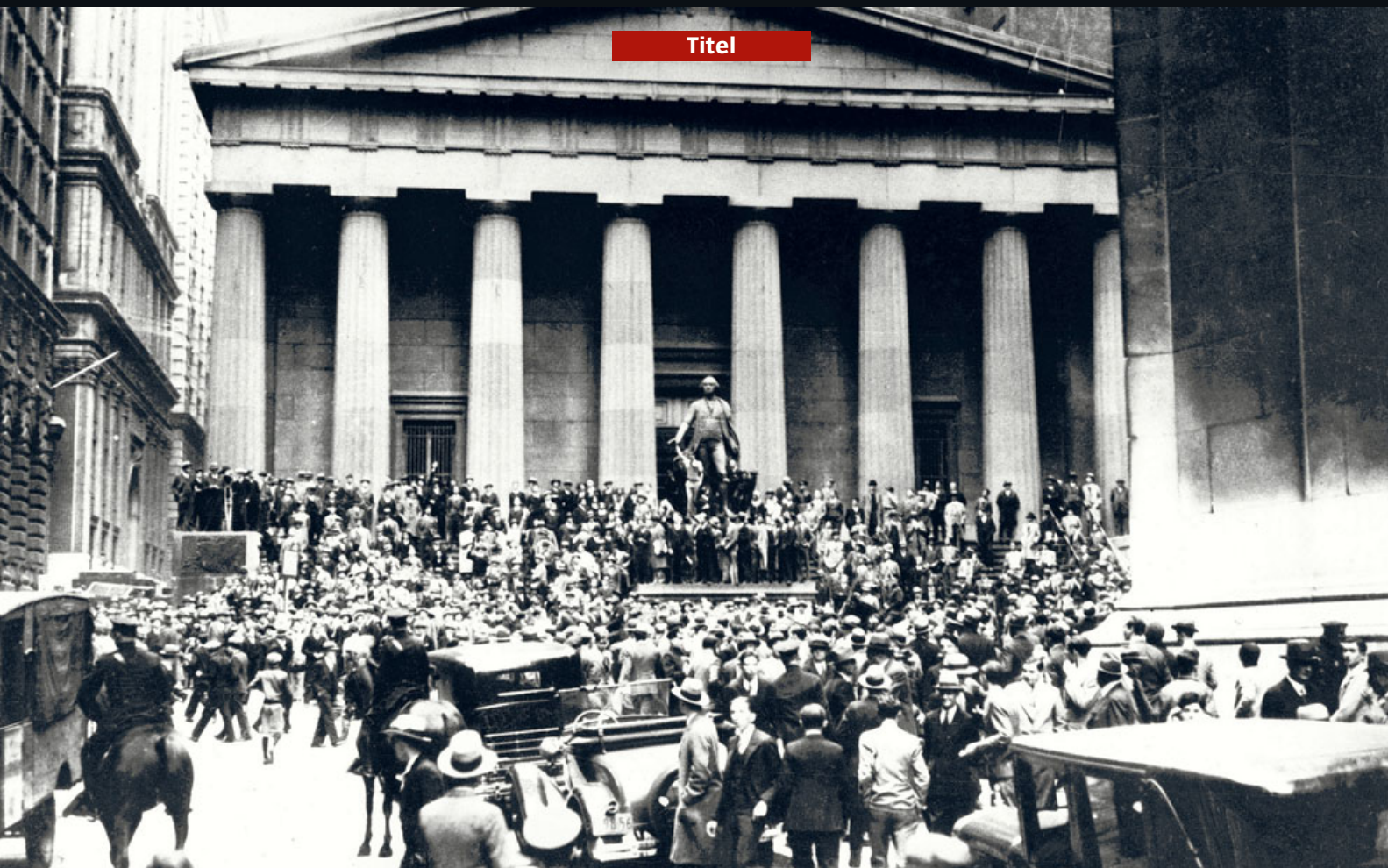
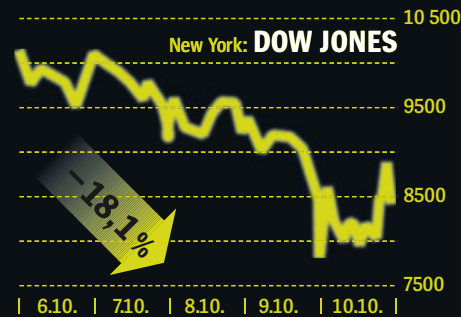
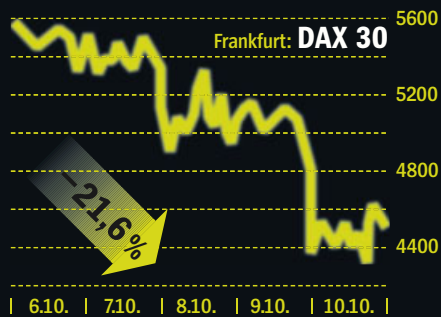




Aufgebrachte Menge im New Yorker Finanzdistrikt (1929): Damals wie heute begann alles mit einer Spekulationsblase

AP

FINANZKRISE

Der Schwarze Herbst

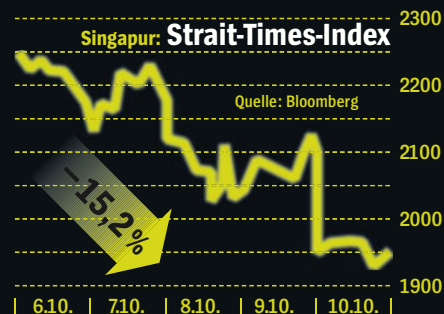
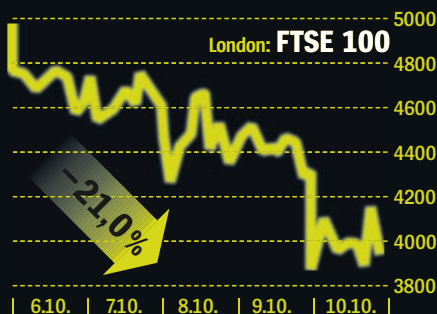
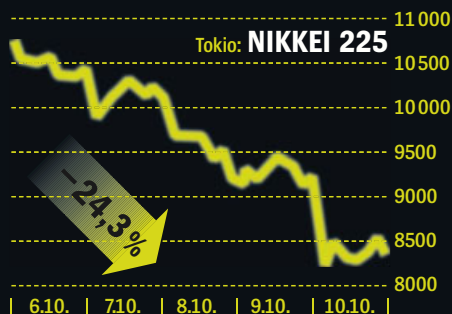
Verzweifelt mühen sich die Regierungen Europas und der USA, die Kernschmelze der Finanzmärkte zu verhindern. Für Kanzlerin Angela Merkel und die Große Koalition wird die Krise zur Bewährungsprobe. Sie planen ein radikales Notprogramm: die Staatsbeteiligung an privaten Banken.

An den Türen klebte ein kleiner Zettel, nur ein Satz stand darauf: „Vorübergehend stellen wir den Zahlungsverkehr ein“. Jeder wusste, was das zu bedeuten hatte.

Sofort bildeten sich am Morgen des 13. Juli 1931, es war ein Montag, vor den

Filialen der Danat-Bank („Darmstädter und Nationalbank“) lange Schlangen. Nie hätten die Bürger gedacht, dass es einmal so weit kommen könnte: Das zweitgrößte Kreditinstitut Deutschlands war zahlungsunfähig. In Windeseile sprach sich die Nachricht herum, Panik erfasste die Massen.

Bald stürmten die Kunden auch die anderen Berliner Geldhäuser, die Deutsche Bank, die Commerzbank, die Dresdner Bank, ebenso die Sparkassen, um ihr Ersparnis zu retten. Gegen Mittag konnte kein Institut dem Druck mehr standhalten, die Filialleiter verriegelten die Eingänge.



Börsianer in New York (am Dienstag vergangener Woche): Das Vertrauen verloren

RICHARD DREW / AP

Die Polizei verstärkte ihren Streifendienst, um „alle etwaigen Versuche, die augenblickliche Situation durch Aufhetzung der breiten Massen auszuschlachten, sofort im Keime zu ersticken“, wie es hieß.

Bis zum Abend war der gesamte Finanzbetrieb des Reiches zum Stillstand gekommen. Deutschland erlebte einen Schwarzen Montag – und die wohl turbulentesten Tage seiner Wirtschaftsgeschichte.

Schlangen vor den Bankschaltern: Die Bilder des Jahres 1931 haben sich in das kollektive Gedächtnis der Deutschen eingebrannt. Sie stehen für die Weltwirtschaftskrise, die 1929 ihren Anfang nahm, die Millionen Menschen in Arbeitslosigkeit und Armut stürzte – und schließlich 1933 in die Machtergreifung der Nazis mündete.

Schlangen vor den Bankschaltern: Es sind diese Bilder, die Bundeskanzlerin Angela Merkel bewogen haben, am vorver-

gangenen Sonntag neben einem sichtlich zerknitterten Finanzminister Peer Steinbrück im Lichthof des Kanzleramts vor die Kameras zu treten. Doch ihre Erklärung, dass die Regierung für das Gesparte der Bürger geradestehe, war so ungeschickt formuliert, dass es einer nachträglich verschickten Erklärung des Bundespresidenten bedurfte, um klarzustellen, was die Kanzlerin gemeint hatte.

Wer noch am Ernst der Lage gezweifelt haben sollte, war nach diesem denkwürdigen Auftritt eines Besseren belehrt. Zwar blieben die Schlangen vor den Bankschaltern am nächsten Tag tatsächlich aus – aber die Lage beruhigte sich nach Merkels Eine-Billion-Euro-Versprechen keineswegs: Geldtransporter fahren Sonder-schichten, um die Geldautomaten immer wieder zu bestücken, 500-Euro-Scheine sind gefragt wie nie zuvor, und wer Goldbarren oder -münzen kaufen will, muss

teilweise drei Wochen auf die Lieferung warten.

Nur 29 Prozent der Deutschen glauben, dass Angela Merkel im Notfall ihre Zusage einhalten kann – 66 Prozent glauben es nicht. Nur 28 Prozent macht das aktuelle Krisenmanagement der Bundesregierung eher Mut – 53 Prozent macht es eher Angst.

Wer kann die Krise noch stoppen? Ist sie überhaupt zu stoppen?

Ihre zerstörerische Kraft nimmt von Woche zu Woche zu, Banken drohen zu kollabieren und müssen vom Staat gestützt werden, mit Island droht sogar erstmals einem ganzen Staat der Bankrott.

Wenn es um die Höhe des Schadens geht, ist nicht mehr von zig und auch nicht von Hunderten Milliarden die Rede, sondern von Billionen. Von einer öffentlichen Verschuldung, die den Handlungsrahmen der Regierungen auf Jahre, wenn nicht

Jahrzehnte begrenzen wird. In den USA musste die Schuldenuhr in New York schon um eine Stelle erweitert werden, um einen zweistelligen Billionenbetrag anzeigen zu können.

Trotzdem beschränkte sich die Panik bisher auf die handelnden Personen hinter den Kulissen, auf die Banker und Politiker, die das wahre Ausmaß des Desasters zunehmend ahnten.

Bis vergangene Woche – da erreichte die Panik die Börse.

Weltweit brachen die Aktienkurse ein, am Anfang stand ein Schwarzer Montag, in den folgenden Tagen wurde es kaum besser. Noch nie wurde in Amerika, Deutschland und Japan in so kurzer Zeit so viel Börsenkapital vernichtet, innerhalb weniger Tage über drei Billionen Dollar.

Da half es auch nichts, dass die USA ihren 700-Milliarden-Dollar-Plan zur Rettung der Banken beschlossen hatten, dass die EU eine Garantie für das Überleben der großen Banken ankündigte und dass führende Nationalbanken, darunter die amerikanische Fed und die europäische EZB, in einer konzertierten Aktion die Zinsen senkten.

Offenbar haben die Börsianer das Vertrauen verloren, dass die Politiker und die Banker die fundamentalen Probleme auf den Finanzmärkten lösen können. Offenbar haben sie begriffen, dass die Finanzkrise mit einer Wucht auf die reale Wirtschaft durchschlagen wird, die vor kurzem noch nicht für möglich gehalten wurde.

Am Ende dieser turbulenten Woche waren die Probleme der Banken, die Merkel mit ihrer Staatsgarantie mildern wollte, nicht geringer, sondern größer geworden, und die Kanzlerin stand wieder vor derselben Frage, die schon am Wochenende zuvor heiß diskutiert und – zunächst – verneint worden war: Muss der Staat die Banken, zumindest teilweise, verstaatlichen? Muss er alle Einlagen garantieren und nicht nur, wie Merkel, die der privaten Sparer?

Nach langem Zögern sind Merkel und Steinbrück nun offenbar bereit, die Frage zu bejahen. Ein großer europäischer Rettungsplan soll entstehen, ein abgestimmtes Konzept zur Rettung der Banken und zur Sicherung der Kreditversorgung. Er soll Spielraum lassen für nationale Besonderheiten, aber auch jene Maßnahmen enthalten, gegen die sich die Deutschen tagelang mit al-

ler Macht gestraubt hatten: eine Teilverstaatlichung privater Banken.

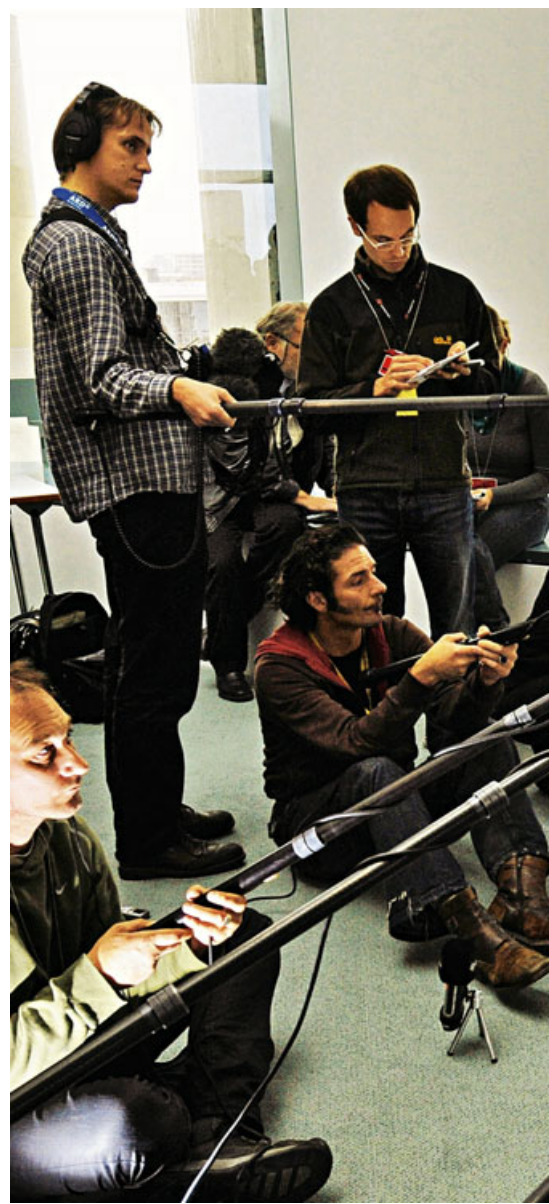
Und schnell soll es gehen. Am Sonntag stimmten die Regierungschefs der Eurozone auf einem Gipfeltreffen in Paris die Details ab. An diesem Montag will die Bundesregierung bereits das entsprechende Gesetz auf den Weg bringen, im Eilverfahren. Binnen einer Woche sollen Parlament, Bundesrat und Präsident einem Rettungsplan zustimmen, der sich im Vergleich mit den bisherigen Rettungsversuchen deutlich wuchtiger ausnimmt. Allein die staatlichen Kapitalbeteiligungen für das Bankensystem könnten nach Schätzung von Regierungsexperten zwischen 50 und 100 Milliarden Euro kosten.

Es wäre ein Programm, das in manchem an die Maßnahmen der Regierung von Reichskanzler Heinrich Brüning aus dem Jahr 1931 erinnert. Es wäre eine Notbremse – ohne zu wissen, ob die Bremse auch wirklich greift.

Manches, was in den dramatischen Julitagen 1931 geschah, erinnert an das Geschehen, das heute die Welt in Atem hält. Damals wie heute begann alles mit einer Spekulationsblase, in den zwanziger Jahren wurde mit kreditfinanzierten Aktien gezockt, in den 2000ern mit Kreditderivaten. Damals wie heute unterschätzten die Politiker zunächst das Ausmaß der Krise, sie reagierten spät und unkoordiniert. Und es gab Banker, die übermäßig riskant agiert hatten, ein viel zu großes Rad drehen, dann aber das ganze Desaster verschleierte und sich am Ende zu keinem gemeinsamen Vorgehen fähig zeigten.

2008 geht eine Ära zu Ende – es war die Zeit eines ungezügelten Kapitalismus, der, ausgehend von den USA und angetrieben von enthemmten Finanzmärkten, die Weltwirtschaft grundlegend veränderte. Der Schulden für gesund und alle Risiken für beherrschbar erklärte. Der jetzt an diesen Schulden und Risiken erstickt – und die Weltwirtschaft mit in den Abgrund zu reißen droht.

Die Krise frisst sich mit beängstigender Geschwindigkeit ins Fundament des Finanzsystems und gefährdet damit die Geldversorgung der Realwirtschaft. Anleger flüchten aus ihren Geldmarktfonds, weil die nicht unter Merkels Garantie fallen. Diese Fonds aber investieren in Unternehmensanleihen und versorgen auf diese Weise die Konzerne des Landes mit Kapital.



Krisenmanager Merkel, Steinbrück*: Wer noch

Jetzt, da der Markt zusammenzubrechen droht, rufen selbst jene nach dem Staat, die jahrelang gepredigt hatten, der Markt werde alles richten. Sie rufen es allerdings hinter verschlossenen Türen, denn öffentlich äußern mag sich in diesen Tagen kaum ein Manager oder Banker: Die wirtschaftliche Elite des Landes ist auf Tauchstation gegangen.

Die Wirtschaft weiß sich selbst nicht mehr zu helfen, der Staat muss handeln. Jetzt sind die Regierungen gefordert, jede für sich, aber noch besser alle miteinander. Sie müssen eine Krise meistern, die so fundamental ist wie keine zuvor, weil sie das gesamte Finanzsystem der Weltwirtschaft infiziert hat.

Es ist Angela Merkels Chance. Sie hat jetzt die Gelegenheit, Führung zu zeigen, Entschlossenheit und Tatkraft. Krisen sind

* Bei einem Pressetermin am vorvergangenen Sonntag im Bundeskanzleramt in Berlin.

SPIEGEL-UMFRAGE Spareinlagen

66 %

aller Befragten glauben, dass Angela Merkels Zusage, der Staat garantiere die Sicherheit deutscher Spareinlagen, bei Verschärfung der Finanzkrise nicht eingehalten werden kann.

„Kann eingehalten werden“ 29 %

Finanzkrisen-Management

53 %

aller Befragten haben die bisherigen Aussagen der Bundesregierung zur Finanzkrise eher Angst gemacht.

„Haben mir Mut gemacht“ 28 %
„Weiß nicht“ 15 %

TNS Forschung; 1000 Befragte am 8. und 9. Oktober; an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“/keine Angabe



der Großen Koalition, Volker Kauder von der Union und Peter Struck von der SPD, eine Renaissance der deutschen Politik.

Beiden ist anzumerken, dass sie gelitten haben in den vergangenen Jahren, gelitten unter Bankern, die sich für die wahren Herrscher der Welt hielten, die in Politikern „arme Schlucker“ sahen, beschränkt, verzagt, uncool, ein Hindernis auf dem Parcours zum ganz großen Geld. Das sei vorbei, sagen beide. Die Banker sind am Ende. Einer von ihnen, wird erzählt, einer der Großen, hat selbst eine Verstaatlichung der Hypo Real Estate (HRE) gefordert. Verstaatlichung heißt: Die Politik übernimmt die Macht.

Im großen Strudel der Globalisierung wirkten Politiker wie Machtlose, Ausgelieferte. Nun sind sie die Letzten, denen überhaupt noch Gestaltung zuzutrauen ist.

Die zweite Genugtuung von Kauder und Struck liegt darin, dass bislang eher der angelsächsische Kapitalismus als Modell für die Welt galt, weil er den Tüchtigen mehr Wohlstand versprach. Aber es gehörte auch das Rücksichtslose, das Ungezügeltere dazu, das für die Krise verantwortlich ist. Nun haben deutsche Politiker die Hoffnung, weltweit künftig nicht mehr als die grauen Langweiler gelten zu müssen. Denn sie haben daheim ja die Alternative zum angelsächsischen Turbokapitalismus, wenn sie auch vernachlässigt wurde: die soziale Marktwirtschaft, die für Skrupel steht, für Rücksicht und Ausgleich.

Aber eine solche Renaissance der deutschen Politik wird es nur geben, wenn sie sich in der Krise bewährt, wenn sie das Vertrauen der Bürger zurückgewinnt. Mit Worten ist das zunächst nicht gelungen. Immerhin fiel für ein paar Tage das weg, was Politik manchmal so hässlich macht: der Streit.

Merkel und Steinbrück treten derzeit so geschlossen auf, als wären sie an den Schultern zusammengewachsen. Wenn der Finanzminister von der Kanzlerin redet, ist das pures Schwärmen, als hätte er sich bis über beide Ohren verliebt in die Kanzlerin, zumindest in deren Krisenmanagement. Sie brauche ihn als Experten für das Finanzwesen, er brauche sie für „die großen Jungs“, die Gespräche mit den Präsidenten Nicolas Sarkozy oder George W. Bush.

Aber nicht nur Merkel und Steinbrück machen derzeit in Harmonie. Als sich die Spitzenpolitiker der Großen Koalition am vorvergangenen Sonntag zu einer Sitzung des Koalitionsausschusses trafen, herrschte ungekannte Einigkeit. In Windeseile wurden strittige Fragen geklärt. Peter Struck sagte, angesichts der Lage dürfe sich die Politik nicht im Klein-Klein verlieren. Alle hatten das Gefühl, dass die Große Koalition mit ihrer breiten Machtbasis das richtige Bündnis für eine große Krise sei.

Doch schon am Tag drauf, am Montag vergangener Woche, konnte man sich nicht

am Ernst der Lage zweifelte, wurde eines Besseren belehrt

auch immer Bewährungsproben für eine Kanzlerin, alle Augen sind auf sie gerichtet, nun kann sie sich beweisen. Es ist der Dienstag der vergangenen Woche, Merkel steht im Reichstag, um eine kurzfristig angesetzte Regierungserklärung vorzutragen.

Sie beginnt zu reden, sie redet über Vertrauen, das wiedergewonnen werden müsse, doch sie findet keine Worte, die durchdringen, sie findet keine Formulierung, die hängenbleibt.

Die Bundesrepublik bleibt mal wieder ohne große Worte, selbst in ihrer schwersten Wirtschaftskrise. Merkel mag nicht, kann nicht. Jeder Bürger muss sich selbst Orientierung geben, selbst sein Licht, seine Leitplanken in der Not finden.

Und die Politik selbst? Welche Stimmung herrscht gerade in den Berliner Büros? Man trifft auf eine gesplante Gemütslage, Depression, aber auch Hoffnung.

Da gibt es die Sorge, auch die Angst, dass es ganz schlimm kommen kann, dass es einen großen Crash gibt. Niemand hat eine Antwort auf die Frage, ob er irgendwo einen Boden sieht, auf den alles, was einstürzt, fallen kann. Ein Boden, wie tief auch immer gelegen, wäre ein Ende, ein Abschluss, von dort kann man neu aufbauen. Aber es ist kein Boden in Sicht. Man kann fallen und fallen und fallen.

Das heißt nicht, dass in Berlin die große Depression herrscht. Denn wenn eine Welt zusammenstürzt, wird eine neue entstehen, und in dieser neuen Welt sehen zum Beispiel die beiden Fraktionsvorsitzenden



Die Turbulenzen erreichen Deutschlands Realwirtschaft..... 94
Niemand bleibt verschont – Der globale Banken-Crash trifft Rubel-Milliardäre und Ölscheichs..... 114



Demonstration gegen Präsident Bushs 700-Milliarden-Dollar-Rettungsplan: Ist ein Freikaufen der Wall Street moralisch zu rechtfertigen?

auf eine Reform der Erbschaftsteuer einigen und am Donnerstag auch nicht. Die Frage, wann die Bundeswehr im Inneren eingesetzt werden darf, war ebenfalls wieder umstritten. Am Sonntag hatte sie der Koalitionsausschuss noch einhellig beantwortet. Das sah dann schon wieder nach Normalität aus, nach der Unfähigkeit, sich zum Wohl des Landes zusammenzurufen.

Die große Gefahr ist jetzt, dass die Politiker darüber nachdenken, wie sie am besten von der Krise profitieren können. Und einige denken bereits darüber nach. Umweltminister Sigmar Gabriel ist mal wieder so ungeschickt, das direkt in

Worte zu fassen. „Mit der Finanzmarktkrise ist der Tanz um das Goldene Kalb des Neoliberalismus des Friedrich Merz und seiner CDU/CSU und der FDP des Guido Westerwelle vorbei“, sagte er der „Financial Times Deutschland“. Er rate seiner SPD, das zum Wahlkampfthema zu machen. Merkel und Steinbrück waren entsetzt, als sie die Nachricht auf ihren Handys lasen.

Dabei gibt es einen gemeinsamen Gegner, und der heißt Oskar Lafontaine, der nun alle Unzufriedenheit, alle Ängste einsammeln und in Stimmen ummünzen will. Das beste Mittel dagegen wäre ein kluges Krisenmanagement.

Doch das Krisenmanagement der Bundesregierung stand von Beginn an unter keinem guten Stern. Es ist geprägt von Zögerlichkeit, Fehleinschätzungen und abrupten Meinungsänderungen. Seit der Pleite der US-Investmentbank Lehman Brothers wirken Kanzlerin Angela Merkel und ihr Finanzminister Peer Steinbrück eher wie Getriebene denn wie Gestalter.

Besonders der sonst um kühle Rationalität bemühte Kassenwart schlingert. Noch in seiner Haushaltsrede vor vier Wochen rühmte Steinbrück die Widerstandskraft der deutschen Wirtschaft. „Es gibt keinen Grund, Untergangsszenarien zu malen.“ Das Problem liege eher in Amerika.



Menschenschlange vor einer Chicagoer Suppenküche

Chaosjahre

Chronik der großen Weltwirtschaftskrise

24. Oktober 1929 „Schwarzer Donnerstag“. Der durch jahrelanges Spekulationsfieber überbewertete US-Aktienmarkt beginnt seine rasante Talfahrt. Als sich ein Absatzzrückgang in der Warenwirtschaft ankündigt, verkaufen Börsenanleger panikartig ihre vielfach auf Pump erworbenen Aktien. US-Banken kündigen bald ihre Auslandskredite, um an Kapital zu kommen, woraufhin die Krise nach Deutschland und Europa übergreift.

April 1930 Der neue Reichskanzler Heinrich Brüning regiert ohne feste parlamentarische Mehrheit, gestützt auf Notverordnungen des Reichspräsidenten. Durch Brünnings einschneidende Sparpolitik sinken bald Löhne und Gehälter im Reich. Während die heimische Kaufkraft abnimmt, bleibt die beabsichtigte Stärkung der deutschen Exportwirtschaft aus.

Juni 1930 Mit dem Smoot-Hawley-Tarif verhängen die USA Schutzzölle auf mehr als 20 000 Importgüter. In rascher Folge errichten auch die Handelspartner in Europa hohe Zollschranken: Das Welt-handelsvolumen schrumpft daraufhin dramatisch.

September 1930 Bei vorgezogenen Reichstagswahlen kann Hitlers NSDAP ihren Stimmenanteil vervielfachen und zieht als zweitstärkste Fraktion in den Reichstag ein.

Mai 1931 Insolvenz der österreichischen Creditanstalt.

Juni 1931 Brüning erklärt die Deutschland nach dem Versailler Vertrag auferlegten Reparationszahlungen für untragbar. Ausländische Gläubiger befürchten den Staatsbankrott und ziehen weitere Gelder aus Deutschland ab.

2 Millionen Arbeitslose im Deutschen Reich

Quelle: Statistisches Jahrbuch 1938

Januar 1929

Jan. 1930

Jan. 1931

Eine Woche später, in seiner Regierungserklärung zur Finanzmarktkrise, erteilte den Finanzminister ein schwerer Anfall von Hybris gepaart mit Schadenfreude und Rechthaberei. Steinbrück prophezeite das Ende der Dominanz der Finanzplätze von London und New York.

Kurze Zeit danach holte Deutschland die Krise ein. Der zweitgrößte deutsche Immobilienfinanzierer Hypo Real Estate kam ins Straucheln. Die Katastrophe hatte sich schon früher angebahnt als bisher bekannt. Bereits Anfang des Jahres hatte die irische HRE-Tochter Depfa die Möglichkeit, ihre Refinanzierung für mindestens zwei Jahre zu sichern. Die Banker in Dublin wollten allerdings den Preis dafür nicht zahlen – und wetteten weiterhin mit billigem Geld im langfristigen Geschäft der Staatsfinanzierung.

Zwar setzte die Zentrale der Tochter schließlich ein Limit für Neugeschäfte, doch die Statthalter in Irland ignorierten es. Bereits Anfang des Sommers war den Verantwortlichen klar, dass das nicht gutgehen konnte.

Eine Rettungsrunde aus Vertretern der Bankenwirtschaft, der Bankenaufsicht und der Bundesbank kam zusammen. Steinbrück erlaubte seinem Staatssekretär Jörg Asmussen die Teilnahme nicht, aus Angst, eine zu frühe Anwesenheit des Bundesfinanzministeriums könnte den Staat zu teuer kommen.

Schließlich durfte der Spitzenbeamte auf Drängen von Bundesbank und Bankenaufsicht BaFin doch mitretten. Eilig wurde eine halb staatliche, halb private Bürgschaft für die HRE zusammengestellt. Doch schon nach ein paar Tagen stellte sich heraus, dass diese nicht reichte. Die BaFin, die in Steinbrücks Geschäftsbereich angesiedelt ist, hatte keine belastbaren Zahlen über die Finanzlage heranschaffen können.

Am vorvergangenen Wochenende wurde eine neue Rettungsaktion notwendig. Noch während sie lief, verkündeten Merkel und Steinbrück die Bundesgarantie für Spareinlagen. Nur einen Tag zuvor noch hatte die Kanzlerin auf einem EU-Sondergipfel in Paris eine ähnliche Maßnahme der irischen Regierung heftig gescholten.

Am Tag darauf stolperte ein übernachteter Peer Steinbrück während eines Radio-Interviews in die nächste Verlegenheit. Rettungsaktionen nach dem Vorbild der HRE seien künftig nicht mehr möglich, sagte er. Mit „singulären Lösungen“ komme man nicht weiter, vollmundig kündigte er einen Plan B an. Noch am selben Tag relativierte sein Sprecher dies, einen Tag später, am Dienstag, räumte der Minister vor der SPD-Bundestagsfraktion kleinlaut ein: „Es gibt keinen Plan B.“

Auch in ganz Europa kann von einem klaren, abgestimmten Vorgehen keine Rede

Die deutsche Bundeszusage immerhin gilt für die Spareinlagen von in- und ausländischen Personen. Heftige Kritik gab es deshalb von Alfred Gusenbauer, dem österreichischen Bundeskanzler, der fürchtet, die deutschen Steuerflüchtlinge könnten ihr Geld aus dem Kleinwalsertal zurückschaffen. Zudem könnte es für Österreicher zum ersten Mal lukrativ sein, Konten in Deutschland zu eröffnen – und ihr Geld bei den Piefkes anzulegen. Prompt kündigte Gusenbauer an, dass Österreich die Höhe der Einlagensicherung von bisher 20 000 Euro anheben werde. Auch Österreich garantiert private Sparanlagen nun in voller Höhe.

Andere Regierungen sahen sich ebenfalls zu staatlichen Aktionen genötigt: Griechenland beschloss die Anhebung der Garantie für Spareinlagen auf 100 000 Euro, Spanien plant einen entsprechenden Schritt. Schweden hat die besicherte Grenze bereits

DER GLOBALEN KRISE BEGEGNETEN DIE EUROPÄER MIT DEN MITTELN DER KLEINSTAATEREI.

sein. Im Gegenteil, es herrscht ein heilloses Durcheinander – und ein gnadenloses Wettrennen.

Das Kalkül hinter den oftmals unabgesprochenen Maßnahmen ist einfach: Wer am schnellsten rettet, gewinnt am meisten.

So haben die Iren nach den dramatischen Verlusten an der Dubliner Börse am Montag vorvergangener Woche – der ISEQ-Index war um 13 Prozent abgestürzt – ein Rundum-sorglos-Paket geschnürt. Der Inselstaat garantierte die Einlagen von Bürgern, Unternehmen und Finanzinstituten. Das Volumen der Bürgschaft beträgt 400 Milliarden Euro, das Doppelte der jährlichen Wirtschaftsleistung. Doch der auf zwei Jahre befristete Schutzschirm gilt nur für irische Banken.

auf 51 000 Euro verdoppelt. Großbritannien erhöhte zunächst die staatliche Garantie für Spareinlagen von 35 000 auf 50 000 Pfund pro Konto. Trotzdem büßten in den vergangenen Tagen einige der großen britischen Banken knapp die Hälfte ihres Börsenwerts ein. Deshalb sah sich Finanzminister Alistair Darling am vergangenen Mittwoch gezwungen nachzulegen. Er kündigte an, dass die Bank of England 200 Milliarden Pfund als Kredit für die Finanzbranche des Landes bereitstellte – sowie Eigenkapitalspritzen von bis zu 50 Milliarden



Arbeitssuchender um 1930

Juli 1931 Die Danat-Bank, eine der Berliner Großbanken, ist zahlungsunfähig. Um zu verhindern, dass weitere Geldinstitute durch Panikreaktionen der Bankkunden untergehen, verkündet die Regierung „Bankfeiertage“. In der Folge werden zahlreiche Großbanken teilweise vom Staat übernommen und strenger Kontrolle unterstellt.

Februar 1932 Die Zahl der Arbeitslosen erreicht 6 128 429. Im gesamten Deutschen Reich gibt es nur noch rund 12 Millionen Beschäftigte.

Mai 1932 Sturz der Regierung Brüning.

Juli 1932 Reichstagswahl. Die NSDAP wird mit 37,4% der Stimmen zur stärksten Partei.

November 1932 Franklin D. Roosevelt gewinnt die amerikanischen Präsidentschaftswahlen. Mit seiner Politik des „New Deal“, die mit staatlichen Mehrausgaben und zentraler Wirtschaftssteuerung die Beschäftigung fördern will, kehrt allmählich das Vertrauen in die Wirtschaft zurück.



Hitler (am mittleren Fenster), Anhänger, am 30. Januar 1933

30. Januar 1933 „Machtergreifung“. Reichspräsident von Hindenburg ernennt Hitler zum neuen Reichskanzler.

März 1933 Hitler ernennt Hjalmar Schacht zum neuen Reichsbankpräsidenten. Schacht finanziert die neue Ausgabenpolitik des NS-Staats großzügig über Kredite. Autobahnbau und beispiellose Aufrüstung führen in den nächsten Jahren dazu, dass die Weltwirtschaftskrise in Deutschland schneller überwunden wird als in anderen Staaten.

„Selbstkontrolle der Märkte“

Wie der Kapitalismus entfesselt wurde

Gewaltige Defizite, stetig steigende Arbeitslosenzahlen, Firmenpleiten am laufenden Band, dazu drückende Kosten aus einem unpopulären Krieg: Schon einmal, in den siebziger Jahren, hatte sich Amerika in einen quälend langen Niedergang verstrickt.

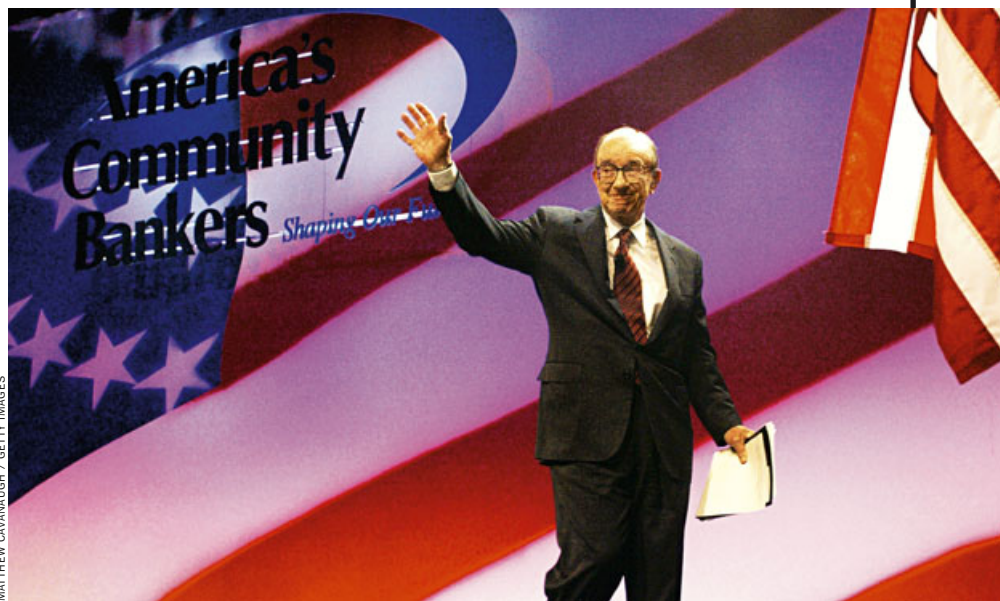
Hier liegen die Wurzeln für den Schwarzen Herbst 2008. Denn die damalige Dauerkrise verhalf Ronald Reagan ins Weiße Haus. Ein neues Zeitalter begann, eine Ära des zügellosen Turbo-kapitalismus. Bis heute schwärmen Präsident George W. Bush und sein Möchtegernnachfolger John McCain voll Ehrfurcht von jener Zeit.

An der Wall Street wurden auf einmal Begriffe wie „Junk Bonds“, „Derivatives“ und „Shareholder-Value“ populär – exotische, goldene Zauberworte, die im Grunde alle dasselbe umschrieben: sagenhafte Gewinnchancen, gnadenlose Jagd nach Profit.

In Washington tat Reagan alles, um die Kräfte des freien Markts zu entfesseln. Steuern runter, Staatsausgaben kappen, Vorschriften entrümpeln, das war im Kern das schlichte Programm der „Reaganomics“. Finger weg – „hands off“ – lautete die Devise an den gesamten Regierungsapparat.

Ein Mann vor allem wachte später über die Reinheit der Lehre: Alan Greenspan, von 1987 bis 2006 Chef der Notenbank Federal Reserve. Er bekämpfte erfolgreich so gut wie jeden Versuch, klare Regeln für die neuen, beliebten Finanzprodukte der Wall Street zu schaffen. Derivate etwa waren für ihn ganz einfach „nützliche Instrumente“ zur Risikostreuung. Wo lag schon das Problem, wenn sich Gläubiger mit Derivaten gegen Verluste aus Hypothekengeschäften absichern konnten? „Es wäre ein Fehler“, erklärte Greenspan noch 2003 dem US-Senat, solche Papiere stärker zu regulieren.

Die Politiker folgten dem Rat ihres bewunderten „Orakels“ und ließen den



Notenbanker Greenspan (2004): Gnadenlose Jagd nach Profit

neuen, hochkomplizierten Finanzkräften des 21. Jahrhunderts freien Lauf. Grundsätzlich zu schützende Kleinanleger, so ihre Logik, konnten ohnehin nicht in Hedgefonds, „Credit Default Swaps“ und all die anderen, kaum verständlichen Wall-Street-Erfindungen investieren. Und für die smarten, sogenannten institutionellen Investoren brauche es kein Regelwerk – so das verhängnisvolle Kalkül von Greenspan und seinen republikanischen Parteifreunden in Washington.

„Nichts spricht dafür, dass staatliche Aufsicht der Selbstkontrolle der Märkte überlegen ist“, lautete das Mantra des Notenbankchefs.

Dass Hedgefonds-Star George Soros öffentlich vor Derivate-Geschäften warnte („weil wir nicht verstehen, wie sie funktionieren“) oder dass Amerikas vielleicht erfolgreichster Investor, Warren Buffett, in ihnen „potentiell tödliche Gefahren“ erkannte, störte weder Greenspan noch das republikanische Establishment.

Die Folge: Allein der Derivate-Markt schwoll unfassbar stark an, von 142 Billionen Dollar im Jahr 2002 auf gut 596 Billionen Dollar Ende des Jahres 2007. Hedgefonds wuchsen zu unkontrollierten Finanzriesen heran. Und die Investmentbanken spekulierten, von Aufsichtsbehörden weitgehend unbehelligt, munter mit geliehenen Milliardensummen.

Bis unmittelbar vor dem Crash war die reine Marktdoktrin von Präsident Bush das Maß aller Dinge.

In den Chefetagen der Wall Street wurden die Reste seiner Finanzaufsicht spöttisch belächelt – vor allem die Securities and Exchange Commission (SEC). Erst 2004 ermöglichte sie den fünf großen Investmentbanken großzügig, ihre Verschuldung weiter auszuweiten. Freiwillige Selbstkontrolle sollte für Sicherheit in der Branche sorgen.

Gerade mal insgesamt 30 Mitarbeiter stellte die Behörde zur Kontrolle von Bear Stearns, Goldman Sachs, Lehman Brothers, Morgan Stanley und Merrill Lynch bereit. „Die Beamten hatten überhaupt keine Chance“, sagt ein New Yorker Spitzenbanker über den Kontrollauftrag der SEC. „Mit einem so kleinen Team war die Krise auf keinen Fall zu verhindern.“

Erst nach dem Kollaps der stolzen Branche setzte sich diese Einsicht auch in Washington durch. „Selbstkontrolle funktioniert nicht“, sagt SEC-Chef Christopher Cox inzwischen, das Aufsichtsprogramm seiner Behörde sei „von Anfang an grundsätzlich falsch“ angelegt gewesen.

DIE POLITIKER FOLGTEN DEM RAT DES „ORAKELS“ UND LIESSEN DEN MARKTKRÄFTEN FREIEN LAUF.

den Pfund für einige der größten Institute des Landes. Im Gegenzug übernimmt die Regierung Aktien dieser Banken.

In einem dritten Schritt gibt die britische Regierung eine Garantie für neue Anleihen der Kreditinstitute im Wert von bis zu 250 Milliarden Pfund. „Die Maßnahmen sind absolut notwendig, um das System wieder in Gang zu bringen“, begründete Darling die Teilverstaatlichung. Die Regierung werde tun, „was auch immer notwendig wird“.

Am Donnerstag vergangener Woche zog Italien mit einem ähnlichen Aktionsplan nach. In Dänemark haben sich Banken und Regierung darauf verständigt, binnen zwei Jahren knapp fünf Milliarden Euro in einen Fonds einzubezahlen, der notleidende Banken vor dem Kollaps bewahren soll.

Die Finanzkrise drohte die Europäische Union zurückzuwerfen in die Kleinstaaterei. Der globalen Krise begegneten die Europäer lange mit den Mitteln der Nationalstaats. Zu einem gemeinsamen oder wenigstens abgestimmten Vorgehen konnten sie sich erst nicht durchringen, alle Versuche scheiterten.

Ihren unrühmlichen Höhepunkt fand die gemeinsame europäische Krisenbewältigung Ende vorvergangener Woche. Es begann damit, dass ein angeblich französischer Plan für ein gesamteuropäisches Rettungspaket ruchbar wurde. 300 Milliarden Euro wolle die französische Ratspräsidentschaft bei den Mitgliedsländern einsammeln, um damit, ähnlich wie die Amerikaner mit ihrem 700-Milliarden-Dollar-Paket, die Banken zu retten.

Kaum war das Konzept der Franzosen bekannt, rollte die Entrüstungswelle. „Davon hält die Bundesregierung gar nichts“, ließ Steinbrück verbreiten.

Deutschland hätte für den Rettungsfonds rund 75 Milliarden Euro bereitstellen müssen, über drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Eine Kontrolle über die Verwendung dieser gewaltigen Summe wäre nicht möglich gewesen. Das wollte Steinbrück nicht zulassen. Außerdem fürchteten seine Fachleute, dass ein europäischer Fonds im Notfall zu schwerfällig sein würde.

Doch auch Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy und seine Finanzministerin Christine Lagarde tragen ein gehöriges Maß an Verantwortung für den Fehlschlag ihres Vorhabens. Sie hatten das Projekt und seine fragwürdige Finanzierung vorzeitig in die Öffentlichkeit lanciert. Nach der Abfuhr aus Berlin hatte die Idee auch beim Ecofin-Rat in Luxemburg keine Chance mehr.

Nun wollen es die europäischen Regierungen noch einmal probieren. Der anhaltende Kursverfall an den Börsen und die noch immer trostlose Lage am Interbankenmarkt hatten ihnen klargemacht, dass ihr ungeordnetes Klein-Klein nicht mehr weiterhelfen würde, im Gegenteil. Immer



Zwei Spezialisten, die perfekt ineinandergreifen

morgens

aronal

Mit aronal® werden bakterielle Beläge morgens gründlich und schonend entfernt. aronal® mit Vitamin A schützt vor Zahnfleischbluten und -entzündungen.

Morgens aronal® stärkt und schützt das Zahnfleisch und gibt frischen Atem für den Tag.

abends

elmex

elmex® härtet die Zähne über Nacht mit hochwirksamem Aminfluorid. Es verbindet sich schnell mit dem Zahnschmelz und macht ihn widerstandsfähiger gegen Karies.

Abends elmex® mineralisiert und schützt die Zähne.

Der medizinische Schutz für Zahnfleisch und Zähne

Klinisch geprüft und wissenschaftlich anerkannt.
Fragen Sie Ihren Zahnarzt.



US-Immobilien (in Las Vegas)
An den Schulden erstickt

mehr setzte sich die Erkenntnis durch, dass ein Weiter-So krisenverschärfend wirken würde.

Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy, der gegenwärtig den EU-Ratsvorsitz innehat, lud die Staats- und Regierungschefs der Eurozone für den vergangenen Sonntag Abend zu einem weiteren Krisengespräch ein. Der einheitliche Währungsraum müsse endlich zu einer gemeinsamen Linie finden, lautete die Begründung. Das Ziel: Die Eurozone soll ein gemeinsames Rettungspaket schnüren.

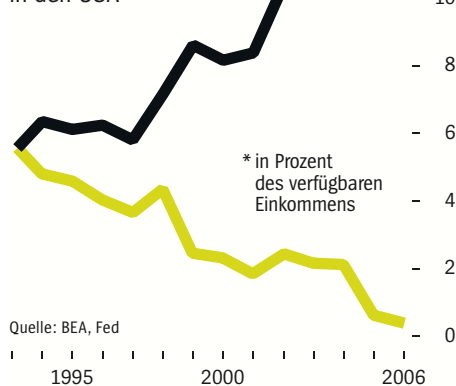
Als Vorbild diente der Runde der 15 Spitzenpolitiker am vergangenen Sonntag das Maßnahmenbündel, das die britische Regierung einige Tage zuvor auf den Weg gebracht hatte, staatliche Kapitalspritzen für die Banken inklusive. Zur Debatte standen auch weitere Staatsgarantien für angeschlagene Institute und zusätzliche Liquiditätshilfen. Dabei soll jedes Land mit eigenen Mitteln vorgehen, aber innerhalb der Eurozone abgestimmt.

Alle Maßnahmen dienen vor allem einem Zweck: Sie sollen die Angst vertreiben. Sie hat die Gier, die noch vor wenigen Monaten den Finanzsektor weltweit beherrschte, als prägenden Gemütszustand abgelöst. Ohne neues Vertrauen zueinander, so die Analyse in den europäischen Hauptstädten, würde keine neue Kreditwürdigkeit innerhalb des Bankenwesens entstehen.

Der Präsident der Europäischen Zentralbank, Jean-Claude Trichet, und Bundesbankchef Axel Weber drängten schon länger auf eine staatliche Kapitalspritze für den deutschen Bankensektor. Es bedürfe eines starken staatlichen Signals, um die Krise zu beenden, argumentierten die No-

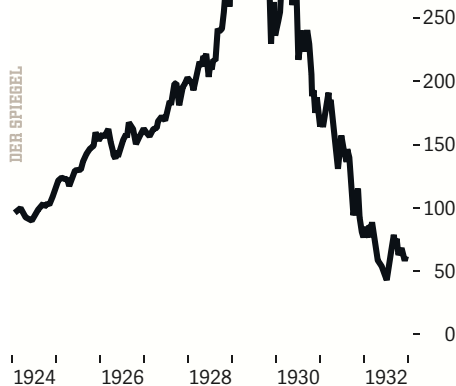
Kreditblase heute ...

Sparquote und Verschuldungsquote der Privathaushalte in den USA*



... und Aktienblase damals

Dow-Jones-Index



tenbanker. Wenn die Marktteilnehmer kein Vertrauen mehr zueinander hätten, müsse sich der Staat als einzig handlungsfähige Institution einschalten.

Natürlich sind solch weitreichende staatliche Eingriffe in die Wirtschaft nur schwer zu rechtfertigen – in Normalzeiten. Doch die sind schon lange vorüber. Wenn keiner dem anderen mehr traut, dann muss eben die Regierung für Vertrauen sorgen. Schließlich hat der Staat gegenüber allen anderen Akteuren einen unschätzbaren Vorteil: Er verfügt über nahezu unbegrenzte Ressourcen.

Genauso wenig wie im Kriegsfall oder bei Naturkatastrophen muss er auch in einer um sich greifenden Wirtschaftskrise auf jeden Euro achten. In Normalzeiten ist dies ein Nachteil, es lädt zum Schuldenmachen ein, in der Krise ist es die einzige Rettung.

Deshalb haben auch überzeugte Anhänger der Marktwirtschaft selten etwas gegen staatliche Eingriffe in Ausnahmesituationen. Wenn kein Markt mehr existiert, dann kann er auch keine Probleme mehr lösen. In solchen Fällen müssen die Regierungen ran. Dieser Pragmatismus ist nicht zuletzt eine Lehre aus der Weltwirtschaftskrise zu Beginn der dreißiger Jahre des vergangenen Jahrhunderts. Damals brachen erst Banken zusammen, weil niemand einschritt, dann Unternehmen, weil sie keinen Kredit mehr bekamen. Ein Millionenheer von Arbeitslosen war die Folge.

So weit soll es nicht mehr kommen. Der Staat muss eingreifen, und dabei ist es nur folgerichtig, dass er sich als Gegenleistung Anteile an den Banken sichert. Warum sollte er das Geld verschenken? Die Allgemeinheit hat die Schiefelage der Finanzinstitutionen nicht zu verantworten. Für ihre Hilfe darf sie einen Gegenwert erwarten. Manchmal zahlt sich die Hilfe sogar aus. Anfang der Neunziger ordnete die schwedische Regierung ihren Bankensektor durch Schuldenübernahmen, Garantierklärungen und Beteiligungen. Als die Krise überwunden war, verkaufte der Staat die Anteile mit Gewinn.

Bis dahin ist es ein weiter Weg. Jetzt stellen sich erst einmal viele Fragen: Wer entscheidet darüber, welche Banken gerettet werden und welche pleitegehen? Wie viel Geld werden die Rettungsmaßnahmen kosten? Wie sorgen die Regierungen dafür, dass die staatlichen Hilfen den Wettbewerb in der Kreditbranche nicht völlig verzerren?

Die Dimension des Problems erinnert nicht wenige Experten im Berliner Finanzministerium an die Fragen, die sich beim Zusammenbruch der DDR und der deutschen Vereinigung stellten. „Gut möglich“, sagt einer, „dass wir zur Abwicklung der

Mehr Lebensfreude mit Finnamic



Der Fitness-Schuh von FinnComfort.

- Schonend sanft auftreten und abrollen
- Sicher und entspannt gehen und stehen
- Kreislauf und Stoffwechsel anregen
- Weiches FinnComfort-Wohlfühlbett
- Geeignet für Maßeinlagen



Modell BALTIMORE

Fordern Sie jetzt unseren Katalog an!

Waldi Schuhfabrik GmbH • Postfach 1653 • D-97433 Haßfurt/Main • www.finncomfort.de

neuen Staatsbeteiligungen jetzt so etwas wie eine Banken-Treuhand brauchen.“

Es ist ein radikaler Plan, und seine Risiken sind beträchtlich. So ist schon heute absehbar, dass er den Bund einen zweistelligen Milliardenbetrag kosten und sämtliche Etatpläne Steinbrücks über den Haufen werfen wird.

Deshalb denken die Regierungsbeamten auch über zusätzliche Möglichkeiten nach, wie den Banken preiswerter zu helfen ist. Eine Möglichkeit wäre die Ausweitung der Bundesgarantien über Spareinlagen hinaus. So könnte der Staat für neuemittierte Bankanleihen geradestehen. Das würde die Institute mit frischer Liquidität versorgen und so den Geldverleih zwischen den Banken, der augenblicklich fast zum Erliegen gekommen ist, wiederbeleben. Auch dieses Instrument probieren die Briten im Rahmen ihres Rettungspakets gerade aus.

Die Pläne gehen in die Endphase. Mittlerweile hat die Bundesregierung auch die Bundesbank und die Chefs der größten privaten Kreditinstitute hinzugezogen. Eine hochgeheime Arbeitsgruppe soll Details des Konzepts ausarbeiten. Teilnehmer sind Bundesbankpräsident Axel Weber, Finanzstaatssekretär Jörg Asmussen, der Abteilungsleiter Wirtschaft aus dem Kanzleramt, Jens Weidmann, Josef Ackermann von der Deutschen Bank, Martin Blessing von der Commerzbank sowie Klaus-Peter Müller, Vorsitzender des Bankenverbands.

Ergebnisse lagen Ende vergangener Woche noch nicht vor. Niemand mag bestätigen, dass die Runde überhaupt besteht. „Die Existenz eines solchen Arbeitskreises müssen wir berufsbedingt leugnen“, sagt ein Teilnehmer.

Dass sich die Bundesregierung am Ende an der Vorlage aus Großbritannien orientierte, war nur konsequent. Wären Merkel und Steinbrück stur geblieben, hätten sie die heimische Kreditbranche in eine unhaltbare Lage gebracht. In den vergangenen Tagen wanderte bereits deutsches Kapital zu den üppig abgesicherten Instituten nach Irland oder Großbritannien ab.

Den Banken drohte das Geld auszugehen. Und in den Frankfurter Bankzentralen wuchs die Verzweiflung – und die Wut auf die Krisenmanager Merkel und Steinbrück.

„Bankschuldverschreibungen sind momentan nicht mehr verkäuflich. Für keine Bank“, sagt der Vorstandschef einer großen deutschen Bank. Irgendwann stehe jedes Kreditinstitut an der Wand, manchmal gehe das innerhalb von Tagen. Es habe viele Jahrzehnte gedauert, bis ein wirklich internationales Finanzsystem aufgebaut worden sei. „Und nun bricht alles in vier Wochen zusammen“, sagt er und schüttelt den Kopf.

Die einzige Quelle für frische Mittel, die die Banken wie Verdurstende umlagern,

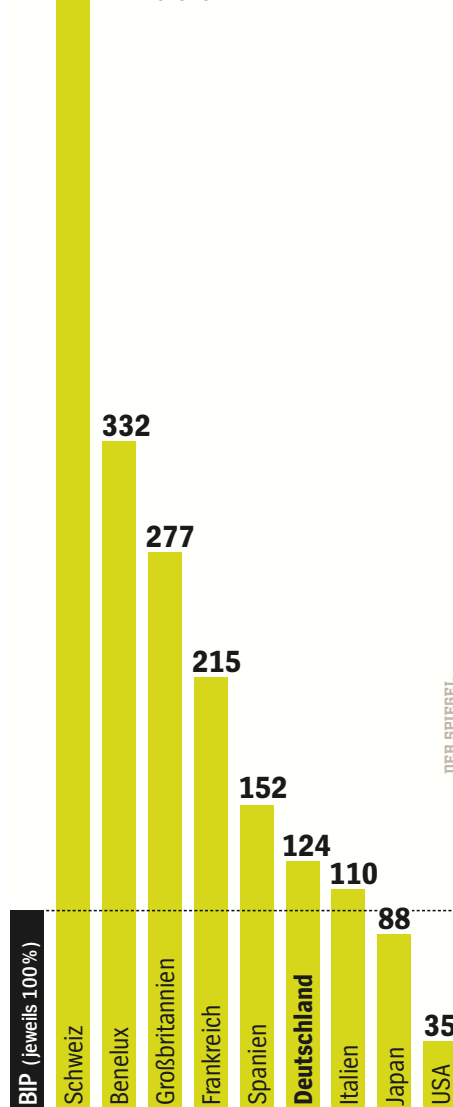


Banker Ackermann, EZB-Chef Trichet
Der Staat soll helfen

704

Gefährliches Ungleichgewicht

Die Bilanzsummen der drei größten Kreditinstitute ausgewählter Länder 2007 im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) des jeweiligen Landes, in Prozent



sind die Zentralbanken. Dort bekommen sie, gegen Hinterlegung von Sicherheiten, Euro, Dollar oder Franken.

Um die Wirtschaft mit Kapital zu versorgen, legen die Zentralbanken das Wort Sicherheiten mittlerweile sehr großzügig aus. Bei der Fed, der amerikanischen Notenbank, dürfen seit letzter Woche sogar kurzlaufende Anleihen, sogenannte Commercial Paper, eingeliefert werden, die die Banken untereinander nicht mehr mit der Kneifzange anrühren.

Doch die Liquidität wird den Banken auch von der EZB nicht einfach kostenlos in die Tresore gepumpt, sondern als Kredit über eine Versteigerung zugeteilt. OMTOS heißt das System, das wie ein Ebay für Frischgeld funktioniert und in Deutschland von der Bundesbank betrieben wird.

Einst war OMTOS „eine sehr geregelte Welt“, erzählen Insider. Vor der Finanzkrise holten sich die Banken einmal in der Woche ihr Geld ab. In der Regel mussten sie bis spätestens Dienstagmorgen, 9.30 Uhr, in das System eingeben, wie viel Geld sie sich borgen wollten und welchen Zinssatz sie dafür bereit waren zu zahlen. Wer pokerte und einen zu tiefen Zins eingab, ging bisweilen leer aus. Eine Katastrophe war das aber nicht.

Heute ist alles anders. Die OMTOS-Auktionen sind der Lebensnerv jeder deut-

scher Bank. Beinahe jeden Tag ersteigern die Geldhäuser über dieses System jetzt Geld der EZB und bieten teilweise astronomische Zinssätze.

Es geht ums nackte Überleben – so wie vergangenen Mittwoch. Die EZB versteigerte 50 Milliarden Euro mit einer Laufzeit von sechs Monaten. Da die Banken über Weihnachten besonders viel Liquidität bereithalten müssen, ging es bei der Versteigerung offenbar panisch zu. Es wollten sich 181 Banken um jeden Preis bis nächstes Jahr absichern und gaben Gebote für ins-

Das Rettungspaket

Maßnahmen zur Bekämpfung der britischen Bankenkrise

- Erhöhung der staatlichen Einlagensicherung von 35 000 auf 50 000 Pfund pro Konto.
- Die Bank of England sichert die Liquidität der Kreditinstitute mit mindestens 200 Milliarden Pfund.
- Der Staat stellt den Banken mindestens 50 Milliarden Pfund an Eigenkapital zur Verfügung. Im Gegenzug erhält er Anteile in Form von Vorzugsaktien.
- Die Regierung übernimmt die Garantie für neue Schuldverschreibungen der Banken zu deren Refinanzierung in Höhe von rund 250 Milliarden Pfund.

gesamt 114 Milliarden Euro ab. Über 6,1 Prozent Zinssatz boten manche Banker an, damit sie ja nicht leer ausgehen. Das sind mehr als zwei Prozentpunkte über dem offiziellen Leitzins – absoluter Ausnahmezustand.

Die Bankern bunkern das Geld, das sie sich leihen, schon seit Monaten, weil ihnen ihre Konkurrenten keines mehr leihen – aus Angst, ihr Kreditnehmer könnte pleitegehen. „Der globale Interbankenmarkt ist faktisch geschlossen“, sagt Michael Hartnett, Strategie bei der kürzlich von der Bank of America aufgekauften Investmentbank Merrill Lynch.

Tatsächlich hat sich die Vertrauenskrise unter den Banken weiter verschärft – und damit auch das Problem der Banken, sich zu refinanzieren. In normalen Zeiten können sich die Banken jenseits der Spareinlagen ihrer Kunden leichter Geld besorgen – durch Übernachtskredite der Konkurrenz, kurzfristige Anleihen und Zentralbankgelder.

Jetzt ist gar nichts mehr normal – schon gar nicht, dass viele Sparer ihre Konten räumen und das Geld zu den vermeintlich sichereren, weil öffentlich-rechtlichen Sparkassen bringen. Der Hamburger Sparkasse flossen in den vergangenen Wochen Kundeneinlagen in Höhe von 500 Millionen Euro zu.



Finanzdistrikt in London: Deutsches Kapital wanderte zu den üppig abgesicherten Instituten Großbritanniens

Zu Ihrem hundertsten Geburtstag sollten Sie auch ein paar Pharmaforscher einladen.

Wir wünschen Ihnen nicht nur ein langes Leben, sondern tun auch alles dafür. Durch die Erforschung und Entwicklung innovativer Medikamente leisten wir Tag für Tag unseren Beitrag zu einer immer höheren Lebenserwartung. Auch Ihre Lebensqualität ist uns wichtig. Deshalb sind für unsere Forscherteams Alterskrankheiten wie Alzheimer, Diabetes oder Osteoporose ein bedeutender Bestandteil der täglichen Arbeit – damit Sie lange und so gesund wie möglich leben können.

Forschung ist die beste Medizin. **Die forschenden Pharma-Unternehmen**

www.die-forschenden-pharma-unternehmen.de

Normal ist es auch nicht, dass viele Bürger Bargeld horten. Schließfächer sind heißbegehrt. Die Firma Securlog, Marktführer im deutschen Geldtransportgewerbe, fährt seit wenigen Tagen „regelmäßig Sonderaufträge“, bestätigt Unternehmenschef Georg Kierdorf. Man stelle eine deutlich höhere Frequenz der Automatenbestückung fest. Vor allem Automaten in Innenstadtlagen verzeichneten höhere Umsätze.

Noch härter aber trifft die Banken, dass es eine Flucht aus den Geldmarktfonds gibt. Ende August lagen in diesen Fonds noch über hundert Milliarden Euro, sie wurden als renditeträchtige und sichere Anlage zur Zwischenlagerung von Geldern angepriesen, und viele investierten auch stark in Bankschuldverschreibungen. Nun verzeichnen etliche Fonds Wertverluste, beim Gerling Money Saving Fund war es binnen eines Monats ein Minus von acht Prozent.

Die Anleger reagieren schon. Beim Fondsanbieter Union Investment sollen Anfang Oktober aus deren Fonds Uni Opti 4 an einem Tag 700 Millionen Euro abgezogen worden sein. Die genossenschaftlichen Zentralbanken DZ und WGZ halfen mit einer Kreditlinie von einer Milliarde Euro aus, damit der Mittelabfluss geordnet abgewickelt werden kann.

Die Renditen dürften weiter fallen, weil die Fondsmanager bei einem Abzug der Gelder nun die Anlagen der Geldmarktfonds zu schlechten Preisen verkaufen müssen. Auch andere Großanleger müssen im Gefolge Bankschuldverschreibungen verkaufen, weil deren Kurse abstürzen und Abschreibungsbedarf erzeugen.

Die Bundeskanzlerin erhöhte mit ihrem Versprechen, dass die Spareinlagen sicher seien, noch einmal den Druck im System. Denn Geldmarktfonds sind nicht mit einer Staatsgarantie versehen. „Da brennt der Kittel“, sagt ein Banker über die Fondsgesellschaften. Schon viele Milliarden Euro sind aus den Fonds in sichere Spareinlagen



Krisenmanager Sarkozy, Brown: Verstimmt über die Deutschen

geflüchtet. Auch in den USA war es der Exitus bei den Geldmarktfonds, der die Regierung in Washington zur Auflegung ihres Rettungsplans in Höhe von 700 Milliarden Dollar zwang. Innerhalb weniger Tage wurden beispielsweise aus dem 12,3 Milliarden Dollar schweren Putnam Prime Money Market Fund so viel Geld abgezogen, dass das Fondsmanagement entschied, den ganzen Fonds zu liquidieren.

Kein Wunder, dass die Bankchefs vergangene Woche immer nachdrücklicher auf eine große Lösung drängten. Auf die Frage, wie teuer sie denn sein werde, antwortete einer von ihnen Ende vergangener Woche durchaus zupackend: „Denken Sie

nicht zu bescheiden“, dafür sei es zu spät. Die 400 Milliarden Euro der Iren und die 500 Milliarden Pfund, die die Briten für die Rettung ihrer Banken auszugeben bereit sind, seien eine gute Orientierungsgröße.

Nun haben sich offenbar die Banker durchgesetzt. Mit ihrem geplanten Rettungspaket will die Berliner Regierung den Bankern das zurückbringen, was ihnen in den vergangenen Wochen verlorengegangen ist: Vertrauen, Liquidität, Eigenkapital. Das Wichtigste sei jetzt Schnelligkeit, befindet Bundesbankpräsident Axel Weber. In kleiner Runde erklärte er, es komme eher auf Tage an als auf Wochen.

Einen Preis für den Staatseingriff wird auch die Kreditbranche samt ihrer abgehobenen Führungselite zahlen müssen. Beteiligt sich die Regierung mit Steuergeldern an den Banken, wird sie versuchen, ohne Rücksicht auf die Eitelkeiten der Manager leistungsfähigere Einheiten zu schaffen und die

Exzesse bei Risiken und Gehältern einzudämmen. „Das ist der Preis, den wir zahlen müssen“, sagt einer der Banker ungewöhnlich duldsam.

So war es auch im Sommer 1931, als einige der großen deutschen Banken in akute Zahlungsnöte gerieten. Die Reichsregierung übernahm von den Instituten Aktienpakete, im Gegenzug verschaffte sie ihnen frisches Kapital. Am Ende war das Reich zu 30 Prozent an der Deutschen Bank beteiligt, zu 70 Prozent an der Commerz- und Privatbank. Die Dresdner Bank, die mit der Danat-Bank fusioniert war, geriet sogar zu 91 Prozent in öffentlichen Besitz. Damit hatte der Staat alle wichtigen deutschen Fi-

lialbanken faktisch sozialisiert, zumindest für einige Jahre: Bis 1936 waren die Institute wieder so solvent, dass sie vom Staat die Anteile zurückkaufen konnten.

Insgesamt knapp eine Milliarde Reichsmark musste der Staat aufbringen, um die Bankbilanzen zu glätten: rund 150 Millionen für den Erwerb der Bank-Aktien, 250 Millionen für Barmittel, 400 Millionen als Kredite. Die Summe entspricht weniger als zwei Prozent des damaligen Volkseinkommens (1931: 57,5 Milliarden Reichsmark), mit anderen Worten: Der Einsatz war überschaubar.

Die Bilanz der Aktion: Zwei große Filialbanken waren zusammengebrochen, fast alle Vorstände mussten ihre Posten räumen. Die Kernschmelze aber konnte abgewendet werden, die Bürger fassten wieder zaghaft Vertrauen: wenn schon nicht in das politische System, dann doch zumindest in das Finanzsystem. „Keiner der Einleger der Berliner Großbanken hat auch nur eine Reichsmark verloren“, sagt Isabel Schnabel, Volkswirtin und Finanzkrisenexpertin an der Universität Mainz.

Wiederholt sich die Geschichte heute? Selbst in den USA, der Heimat des ungezügelt Kapitalismus, steht das vor kurzem noch Undenkbare zur Diskussion: eine direkte Beteiligung der Regierung an

den angeschlagenen Banken. Bisher standen in den USA die verseuchten Hypothekenprodukte der Finanzhäuser im Vordergrund. Die Regierung kauft die Schrottbriefe auf, die Banken sind ihren Ballast los, Geld und Kredit können erneut ungehindert fließen, die Märkte kehren zur normalen Funktionsweise zurück – so lautete noch vor kurzem das optimistische Szenario der US-Regierung.

Seit Ende voriger Woche ist klar: Das reicht nicht aus. Finanzminister Henry Paulson will nun direkt Kapital in die Banken stecken und dadurch ihre Bilanzen stärken. Nur so, glaubt Minister Paulson, ist das Vertrauen in die Kapitalmärkte wiederherzustellen. Banken, die freiwillig mitmachen, sollen der Regierung im Gegenzug Unternehmensanteile überlassen.

Schon Ende Oktober ist mit der Teilverstaatlichung der nächsten Finanzhäuser zu rechnen. „Wir werden alle Mittel, die man uns gegeben hat, bis zum Maximum ausnutzen“, sagt Paulson, dazu gehöre auch eine „direkte Stärkung der Kapitaldecke der Banken“.

Investoren wie George Soros und führende US-Ökonomen hatten schon seit einiger Zeit gefordert, dass die USA dem Beispiel der schwedischen Bankenkrise folgen und das amerikanische Bankensystem teilweise verstaatlichen.

Doch das war mit der Marktideologie von George W. Bush und seinen Republikanern nur schwer vereinbar.

Zwei Wochen lang stritten die US-Parlamentarier erbittert darüber, ob ein Freikaufen der Wall Street moralisch zu rechtfertigen sei. All sie am Ende das 700 Milliarden Dollar schwere Rettungspaket („Emergency Economic Stabilization Act“) verabschiedeten, war den wenigsten klar, dass Paulson per Gesetz nun auch direkt bei den Banken einsteigen kann.

Wirtschaftswissenschaftler halten einen solchen Schritt nach dem Vorbild Großbritannien ohnehin für eine bessere Lösung.

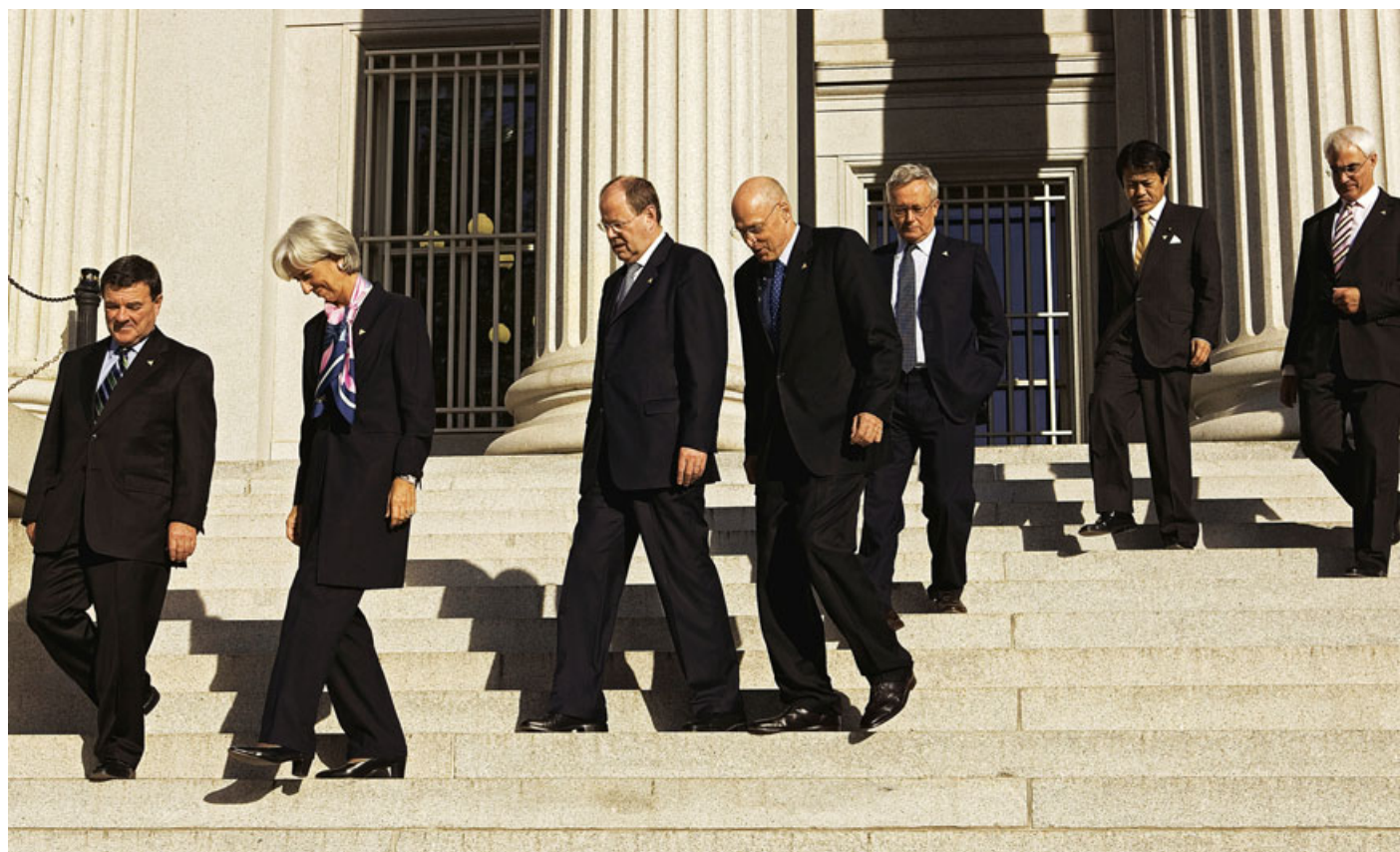
„Ein eigentlich nutzloser Plan könnte nun doch noch sehr viel Gutes bringen“, urteilt Princeton-Ökonom Paul Krugman. „Dies ist die einzige Lösung, die den Zusammenbruch des Finanzsystems verhindern kann“, sagt Nouriel Roubini von der New York University.

Was wäre das für ein Ende des anglo-amerikanischen Finanzkapitalismus. Dann begänne ein ganz neues ökonomisches Zeitalter: mit mehr Staat und weniger Markt, mit weniger Wachstum, aber auch mit weniger Risiken.

So war es auch nach der Weltwirtschafts- und Bankenkrise des vorigen Jahrhunderts. Jedenfalls so lange, bis die Lehren aus der Krise in Vergessenheit gerieten. Und bis das Profitstreben wieder die Vorsicht verdrängte.

BEAT BALZLI,
JAN FLEISCHHAUER, FRANK HORNIG,
ALEXANDER JUNG,
ARMIN MAHLER, CHRISTOPH PAULY,
CHRISTIAN REIERMANN,
WOLFGANG REUTER, MICHAEL SAUGA

* James Flaherty (Kanada), Christine Lagarde (Frankreich), Peer Steinbrück (Deutschland), Henry Paulson (USA), Giulio Tremonti (Italien), Shoichi Nakagawa (Japan) und Alistair Darling (Großbritannien) am vergangenen Freitag.



Finanzminister in Washington*: „Ein nutzloser Plan könnte nun doch noch sehr viel Gutes bringen“